



DEMOKRATIE UND DIGITALISIERUNG

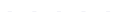
weizenbaum
institut

Berliner Landeszentrale
für politische Bildung

BERLIN



INHALT

	Über das Heft	4
TEIL 1	 DEMOKRATIE	7
	Was bedeutet „Demokratie“?	8
	Öffentlichkeit in der Demokratie	14
	Partizipation und Repräsentation als Verfahren der Demokratie	20
TEIL 2	 DIGITALISIERUNG	25
	Was heißt „Digitalisierung“?	26
	Digitalisierung der Öffentlichkeit	31
	Digitalisierung demokratischer Verfahren	34
TEIL 3	 DEMOKRATISCHE ZIELE UND NORMEN	41
	Freiheit	42
	Gleichheit	46
	Gesellschaftliche Inklusion	54
TEIL 4	 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	59
	Empfohlene Literatur	65

ÜBER DAS HEFT

Demokratie wandelt sich ständig. In unserer Gegenwart scheint sich dieser Prozess noch einmal beschleunigt zu haben. Sich verändernde Wünsche und Erwartungen der Bürger*innen, neue Zukunftsfragen und technologische Innovationen verändern die Art und Weise, wie wir Demokratie leben. Digitalisierung gilt als der entscheidende Treiber dieses Wandels. Sie macht ein anderes gesellschaftlich-politisches Zusammenleben nötig – und möglich. Mal wird sie positiv wahrgenommen, etwa wenn neue Möglichkeiten politischer Mitbestimmung und der Selbstorganisation von Gesellschaft eröffnet werden. Oft aber sind mit der digitalen Transformation

auch große Ängste verbunden: vor der Macht privater Plattformen, vor staatlicher Überwachung, vor mehr Distanz im gesellschaftlichen Miteinander oder der Manipulation der öffentlichen Meinung.

Wir werden uns in diesem Heft den Einfluss, den Digitalisierung und Demokratie aufeinander ausüben, näher anschauen. Hierfür blicken wir auf die technologische Entwicklung nicht wie auf eine unabänderliche Kraft, die von außen auf die Gesellschaft wirkt. Sondern wir zeigen, dass technologischer Wandel durch soziale, ökonomische und politische Faktoren geprägt wird. Im Umkehrschluss ist digitaler Wandel daher

auch in hohem Maße gestaltbar. Dies gilt, obwohl die Dynamik und Komplexität der Digitalisierung häufig ein Gefühl der Ohnmacht erzeugen. Wie können wir als Gesellschaft sicherstellen, dass demokratische Chancen genutzt werden können? Es ist das Anliegen dieser Publikation, Wege aufzuzeigen, wie sich das demokratische Ideal einer lebendigen, partizipativen, inklusiven und pluralistischen Öffentlichkeit verwirklichen lässt. Das Heft ist in vier Bereiche geteilt, die aufeinander aufbauen, aber jeweils auch für sich gelesen werden können.

Der erste Teil beschreibt, was wir unter Demokratie und Digitalisierung verstehen. Er soll helfen, die Entwicklung im Zusammenhang zu sehen, und er formuliert die Erwartungen, die wir an Demokratie richten. Damit ist er die Grundlage für die Betrachtungen im zweiten Teil, in dem wir die Auswirkungen von Digitalisierungsprozessen auf die Demokratie diskutieren, wobei wir auf die Öffentlichkeit und politische Beteiligungsmöglichkeiten fokussieren.

In beiden Bereichen wird danach gefragt, wie sich die Bedingungen demokratischen Zusammenlebens im Hinblick auf Freiheit, Gleichheit und gesellschaftliche Einbeziehung im Kontext der digitalen Transformation verändern. Der vierte Teil schließlich analysiert individuelle und politische Handlungsmöglichkeiten, die unsere Demokratien in die Lage versetzen, die Digitalisierung so zu gestalten, dass sie für die Gesellschaft förderlich ist.



The background is a solid orange color. In the top left corner, there is a small, thick, orange brushstroke-like shape. In the bottom right corner, there is a small white number '7'. The main title 'TEIL 1 DEMOKRATIE' is written in white, bold, sans-serif capital letters in the upper right quadrant. Below the title, there are two large, thick, curved orange lines that sweep across the bottom half of the page, resembling a stylized rainbow or a large smile.

TEIL 1 DEMOKRATIE

WAS BEDEUTET „DEMOKRATIE“?

Unter Demokratie wird die Selbstregierung der Bürger*innen verstanden. Damit eine politische Ordnung als demokratisch legitim angesehen werden kann, müssen die Gesetze, nach denen regiert wird, durch die Bürger*innen selbst hervorgebracht sein. Sie müssen sowohl deren Zustimmung finden als auch in deren Sinne angewendet werden. Demokratie ist insofern mehr als eine fürsorgende, auf das Gemeinwohl hin ausgerichtete Ordnung. Sie ist eine Ordnung, die das aktive Einbringen der Bürger*innen verlangt und sicherstellt, dass der politische Prozess so organisiert ist, dass potenziell alle Bürger*in-

nen regelmäßig an ihm teilhaben und auf ihn Einfluss nehmen können.

Historisch betrachtet ist Demokratie dabei in sehr unterschiedlichen Weisen umgesetzt worden: von der griechischen Polis über parlamentarische Systeme bis hin zu den heutigen komplexen Demokratien, die vor allem durch rechts- und sozialstaatliche Elemente angereichert sind. Wie die Aspekte der Demokratie als richtunggebende Idee auf der einen und als gelebte Regierungsform auf der anderen Seite vereint werden können, dazu lässt sich sehr unterschiedlich argumentieren: Man kann das Mehr-

heitsprinzip betonen oder die Zentralität individueller Freiheit herausstellen, man kann die Bedeutung und Rationalität des öffentlichen Diskurses hervorheben oder die Pluralität demokratischer Auseinandersetzung.

Demokratie ist also wandlungsfähig: Wenn sich gesellschaftliche, wirtschaftliche oder auch mediale Faktoren ändern, so wirkt sich dies auf die Demokratie und ihre Institutionalisierung aus. Dieser Wandel muss aber durch die Bürger*innen begleitet und gestaltet werden. Das Versprechen der Demokratie – die aktive Selbstregierung der Bürger*innen – bleibt von ihm unangetastet. Es können und müssen im Wandel der Zeit (und der Gesellschaft) immer wieder neue und andere institutionelle Umsetzungen gefunden werden. Der Grad der Verwirklichung von Demokratie muss dabei stets erörtert und geprüft werden: empirisch, also in Form von Zustimmung und Vertrauen in die Ordnung, ebenso wie normativ, also in einer Diskussion

über die Auswirkungen und die Reichweite der Ordnung (z. B. mit Blick auf Grund- und Minderheitenrechte) oder die Fairness von Verfahren (z. B. Wahlen oder parlamentarische Abläufe).

Für die folgende Untersuchung ist es nun wichtig, dass wir drei demokratische Ziele und Normen als demokratische Ziele unterscheiden, die die Idee demokratischer Selbstregierung gemeinsam verkörpern und die unmittelbar aus dem Versprechen der Selbstregierung hervorgehen. Diese sind: Freiheit, Gleichheit und plurale gesellschaftliche Inklusion.

- Die Freiheit bezieht sich zunächst auf die liberale Dimension der Demokratie. Sie verkörpert sich in den Grund- und Bürgerrechten. Freiheit ist aber auch mit der aktiven Partizipation der Bürger*innen verknüpft, mit Pluralität und Toleranz und einem gesellschaftlichen Leben, zu dem jede*r Bürger*in gleichermaßen Zugang hat.

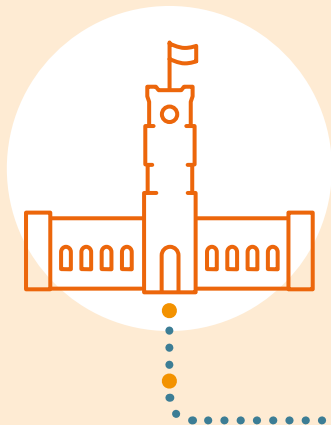
- Gleichheit verweist auf den potenziell gleichen Einfluss aller Bürger*innen. Dieser bezieht sich zunächst auf den politischen Prozess, er reicht aber weit über die prozedurale Garantie des One-Man-One-Vote hinaus. Gleichheit hat auch eine substanzielle Komponente, die insbesondere in der Verbindung von Demokratie und Sozialstaat entwickelt ist. Gleichheit in der Demokratie bezieht sich auch auf die (voraussetzungsreiche) Chance, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.
- In komplexen Gesellschaften gilt es, durch eine inklusive Grundhaltung Aushandlungsräume zu schaffen, in denen sich Pluralität entfaltet und ein übergreifender Diskurs gefördert wird. Toleranz und die Anerkennung von Opposition sind insofern wichtige Merkmale der Demokratie.

Bevor wir zum digitalen Wandel und der Analyse der Transformation der Demokratie kommen, wollen wir nun noch die zwei Bereiche des demokratischen Lebens erörtern, die im Zentrum unserer Untersuchung stehen. Dies sind der Bereich der Öffentlichkeit und der Bereich der politischen Prozesse im engeren Sinne, vor allem die Verfahren der Partizipation und Repräsentation.





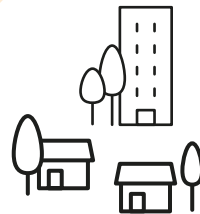
DEMOKRATISCHES REGIEREN



Das demokratische Regieren wird durch Digitalisierung stark verändert, in diesem Heft aber nicht eigens beleuchtet. Digitalisierung bewirkt auch Veränderungen im Hinblick darauf, wie der Staat und seine Verwaltung auf das gesellschaftliche Leben, auf einzelne Bürger*innen und ihre Umwelt allgemein Einfluss nimmt. Dies beginnt mit der Digitalisierung der Verwaltung, die von der einfachen Digitalisierung vormals nicht-digitaler Vorgänge bis hin zur Automatisierung von Entscheidungen reicht. Ebenso verändern sich Methoden, wie staatliche Akteure Handlungsoptionen generieren und rechtfertigen. Ein Beispiel hierfür ist die Bedeutung von Simulationen und Model-

lierungen, etwa in Bezug auf die Corona-Pandemie oder auch auf den Klimawandel. Ein dritter Bereich schließlich lässt sich mit der Vision der Smart City, der intelligenten Stadt, illustrieren. In dieser soll mittels digitaler Technologie das gesellschaftliche Leben kontextbezogen und subtil auf die Bedürfnisse des Moments oder einzelner Bürger*innen abgestimmt werden. Nicht die Steuerung über Gesetze und Sanktionen, die der klassische Modus demokratischer Wirksamkeit ist, sondern die technologisch gesteuerte Regulierung von Verhalten steht hier im Mittelpunkt.

Die drei Punkte machen deutlich, dass die Digitalisierung des demokratischen Regierens nicht einfach nur einen Effizienzgewinn darstellt, der per se immer zu begrüßen wäre. Digitalisierung verändert vielmehr die Möglichkeiten und Formen der Kontrollausübung. Sie legt oft eine sehr viel weiter gehende Überwachung der Bevölkerung nahe, als es in früheren Zeiten denkbar und notwendig gewesen wäre. Auch die digitale Transformation demokratischen Regierens wirft dementsprechend Legitimationsfragen auf.



ÖFFENTLICHKEIT IN DER DEMOKRATIE

Mit „Öffentlichkeit“ ist ein Raum gemeint, der prinzipiell allen zugänglich ist und von allen eingesehen werden kann. Wer sich öffentlich zu Wort meldet, kann davon ausgehen, von vielen gehört zu werden – sei es an einem Versammlungsort, in einer Talkshow oder in einer Online-Debatte. Einerseits ist es damit möglich, ein großes Publikum zu erreichen und die Meinungsbildung zu beeinflussen. Andererseits sind öffentliche Auftritte stets auch riskant. Das müssen Politiker*innen immer wieder erfahren: Ein unbedachtes Wort, eine falsche Geste kann den Ruf beschädigen und die Karriere ruinieren. Öffentlichkeit hat deshalb auch eine disziplinierende Wirkung,

die der Demokratie durchaus zugutekommt. Wer öffentlich lügt, muss damit rechnen, vor aller Augen erlappt und bloßgestellt zu werden. Irgendjemand weiß es vielleicht besser und korrigiert die Falschbehauptung.

Was sich hingegen in der Öffentlichkeit bewährt hat, was der Kritik standgehalten hat, kann mit Zustimmung und Anerkennung rechnen. Öffentlichkeit ist also eine Art Prüfinstanz, in der Aussagen auf ihren Wahrheitsgehalt oder ihre moralische Richtigkeit hin geprüft werden – zumindest dann, wenn wir es mit einer funktionierenden Öffentlichkeit zu tun haben. Dass dies keineswegs im-

mer der Fall ist (sondern sogar eher die Ausnahme), hat sich im Fall von Donald Trump gezeigt. Dessen Lügen haben ihn keine Sympathien gekostet, zumindest nicht unter seinen Anhänger*innen.

Es gibt also bestimmte Anforderungen, welche die Öffentlichkeit und die an ihr Beteiligten erfüllen sollten. Idealerweise sollte es allen möglich sein, öffentlich Probleme vorzutragen und die eigene Meinung zu einer Streitfrage zu äußern, und zwar unabhängig von Merkmalen wie Einkommen, Bildung, Geschlecht, Herkunft oder der Einbindung in Netzwerke. Offenheit, diskriminierungsfreier Zugang und Vielfalt sind aber nur Eingangsbedingungen für die Öffentlichkeit. Es kommt auch darauf an, wie die Diskussionen selbst verlaufen. Darin sollen nicht jene die Oberhand behalten, die über besonders viel Meinungsmacht verfügen, die also zum Beispiel viel Geld für Werbung ausgeben können oder eigene Medien besitzen. Und es sollen sich auch nicht jene durchsetzen, die wissen, wie sie das Publikum

erfolgreich manipulieren und verführen können.

Stattdessen sollte im politischen Diskurs allein die Überzeugungskraft des besseren Arguments zählen. Was sich darin als wahr oder richtig herausgestellt hat, kann die Einsicht fördern, dass man selbst zunächst falschgelegen hat. Dadurch soll es gelingen, dass sich die Streitenden näherkommen und sich bestenfalls einigen können. Dies erfordert die Bereitschaft:

- respektvoll miteinander umzugehen,
- aufeinander zu hören,
- die eigene Meinung durch gute Argumente zu stützen,
- Kritik der Gegenseite auszuhalten und
- alle Argumente sorgfältig abzuwägen.

Keine Frage, diese Diskursregeln sind sehr anspruchsvoll. Auch wenn sie meistens nicht völlig erfüllt werden, so eignen sie sich dennoch als Qualitätsmaßstab.

MASSENMEDIENTEN



Die Frage nach demokratischer Öffentlichkeit lässt sich nicht losgelöst von der Frage nach den verfügbaren Medien erörtern, mit deren Hilfe Öffentlichkeit geschaffen wird. Im 19. Jahrhundert entstand die Massenpresse. Es war möglich geworden, Zeitungen und Zeitschriften schnell und in hoher Auflage zu drucken, billig zu verkaufen und damit Menschen aller Schichten zu erreichen. Im 20. Jahrhundert folgten mit Radio und Fernsehen elektronische Rundfunkmedien. Diesen Massenmedien ist gemeinsam, dass sie – wie es der Name bereits sagt – regelmäßig ein großes Publikum erreichen und damit erheblichen Einfluss darauf haben, welche Themen wir für wichtig halten, über welches Nachricht-

tenwissen wir verfügen, welche Standpunkte wir zu einer Streitfrage kennen und wie wir unsere eigene Meinung bilden.

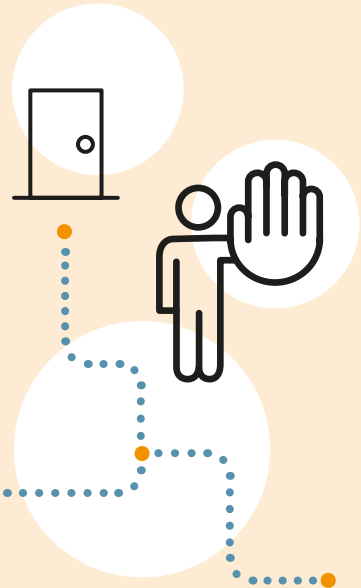
Diese Massenmedien sind auch deshalb so machtvoll, weil ihr Betrieb aufwendig und ressourcenintensiv ist, was die Zahl der verfügbaren Kanäle begrenzt. Wenige Redaktionen von Presse und Rundfunk konnten lange Zeit über die Auswahl von Themen, Meinungen und Personen entscheiden. Sie hatten die Rolle der Schleusenwärter (Gatekeeper), welche die Schleusen zur Öffentlichkeit öffnen, aber auch verschließen konnten. Das Publikum blieb hingegen passiv, weil die technischen Voraussetzungen für eine breite Teilnahme an der öffentlichen Kommunikation fehlten.

Für das Funktionieren der demokratischen Öffentlichkeit ist es daher wichtig, dass Massenmedien verantwortungsvoll eingesetzt werden. Rechtliche und professionelle Normen sollen dafür sorgen, dass Journalist*innen vielfältig, unabhängig, wahrheitsgemäß und transparent berichten und die unterschiedlichen Meinungen, die in der Gesellschaft vertreten werden, zum Ausdruck bringen. Durch Recherche und Berichterstattung sollen die journalistischen Medien die Bürger*innen über das politische Geschehen auf dem Laufenden halten. Sie sollen den politischen Diskurs moderieren und darin auch selbst Stellung beziehen. Und es ist die Aufgabe der Journalist*innen, die Mächtigen in Politik und Wirtschaft zu kontrollieren und zu kritisieren.



JOURNALISMUS ALS GATEKEEPER

Redaktionen sind die Schleusenwörter (Gatekeeper) der Massenmedien. Sie wählen aus der Fülle der Nachrichten aus und entscheiden, welche davon in die Öffentlichkeit gelangen und welche nicht. Solche Schleusenwörter sind notwendig, weil Massenmedien nicht über alle Ereignisse berichten können. Dafür reichen die Druckseiten in der Presse nicht aus, auch die Sendezeit im Rundfunk ist knapp. Außerdem interessiert sich



das Publikum nur für die wichtigen Ereignisse des Tages, die draußen in der Welt, im eigenen Land oder vor der eigenen Haustür stattgefunden haben.

Woran bemisst sich der Wert einer Nachricht, wie wählen Redaktionen aus? Für ihre Wichtigkeit gibt es eine Reihe von Kriterien: Negative Ereignisse werden gegenüber positiven bevorzugt, da sie auf akute Probleme verweisen, die gelöst werden müssen. Die Nachrichten berichten daher oft über kleinere und größere Konflikte, über Krisen, Kriege, Katastrophen und Kriminalität. Der Grund: Es ist sinnvoll, die Aufmerksamkeit auf jene Dinge zu konzentrieren, die problematisch oder umstritten sind. Allerdings verleiten auch

ökonomische Gründe dazu, das Negative zu übertreiben und aufzubauschen. Die Boulevardpresse macht mit Sensationen und Skandalen Auflage.

Einfluss ist ein weiterer Nachrichtenfaktor: Einflussreiche Länder und Personen, die über politische und ökonomische Macht verfügen, erhalten in den Medien mehr Beachtung als einflussarme Länder und Personen. Warum? Das Handeln der Einflussreichen ist eher folgenreich und berührt eher das eigene Leben. Allgemein ist Betroffenheit ein wichtiger Faktor: Wenn viele von einem Ereignis betroffen oder dessen Folgen schwerwiegend sind, dann wird ebenfalls eher darüber berichtet.

PARTIZIPATION UND REPRÄSENTATION ALS VERFAHREN DER DEMOKRATIE

Formale Verfahren, die Mitbestimmung verwirklichen, sind der Kern der Demokratie. Sie dienen der Übermittlung und Übersetzung von in der Gesellschaft gebildeten Meinungen und Präferenzen. Ob Demokratie dabei wie in der Antike durch öffentliche Beratung auf dem Forum informiert wird oder wie in der Neuzeit durch Parteien und Wahlen, macht zwar praktisch einen großen Unterschied. Beide Male aber müssen Prozesse etabliert werden, die für das jeweilige Gemeinwesen funktionieren und die von den Bürger*innen als demokratisch anerkannt werden. Was der demokratische Prozess leisten muss, ist, dass die Meinung und Interessen der

Bürger*innen artikulierbar werden und angemessene Berücksichtigung finden.

In der modernen Demokratie hat sich dabei die regelmäßig durchgeführte freie, gleiche und geheime Wahl als das zentrale Element durchgesetzt. Die Wahl mag dabei zwar das typischste Merkmal der Demokratie sein, sie ist aber keineswegs das einzige Merkmal der Demokratie. Unsere heutigen Gesellschaften sind zu vielgestaltig und zu komplex, als dass die gelegentliche (Ab-)Wahl von Parteien oder Personen die Positionen der Bürger*innen hinreichend zum Ausdruck bringen könnte. Gerade seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

haben sich die Erwartungen an Partizipations- und Repräsentationsmechanismen deutlich erweitert: Das Spektrum der als demokratisch betrachteten Verfahren reicht dabei von formalen Beteiligungsverfahren wie etwa Bürger*innenräten über ein breites Repertoire von rechtsstaatlichen Verfahren, z. B. auch der transnationalen oder europäischen Kontrolle nationaler Demokratie, bis hin zu direktdemokratischen Elementen wie Volksabstimmungen und Referenden. Auch informelle Wege der Beteiligung der Bürger*innen, etwa Streiks oder Demonstrationen, müssen zu den demokratischen Beteiligungsformen gezählt werden, da sie in der Demokratie besonders geschützt und verankert sind.

Die mannigfaltigen Formen der Partizipation sind aber nur die eine Seite der modernen Demokratie. Diese ist auch nicht zu denken ohne den Modus der Repräsentation. Da die unmittelbare und vollständige Selbstbestimmung durch partizipative Verfahren als unmöglich gilt, gibt es daneben den

Bereich der delegierten Verantwortung. Die Regierenden in der Demokratie gehen zwar aus der demokratischen Wahl hervor, sie sind durch diese aber nicht oder nur indirekt inhaltlich gebunden. Vielmehr wird durch prozedurale Instrumente und Normen sichergestellt, dass ein stetiger Austausch zwischen Regierenden und Regierten in Gang bleibt und dass Rechtfertigungspflichten und Kontrolle existieren. Die Regelmäßigkeit von Wahlen ist dabei das vielleicht einfachste prozedurale Mittel, neben ihr stehen Elemente wie die Institutionalisierung von Oppositionsrechten. Wurde Repräsentation früher oft allein als Beauftragungsverhältnis gedacht, ist das heutige Repräsentationsverständnis sehr viel weiter ausgebaut. Repräsentation meint das asymmetrische, aber interaktive Aufeinanderbeziehen von Repräsentierenden und Repräsentierten. So wird von den Repräsentant*innen erwartet, dass sie in diversen Formaten permanent Rechenschaft ablegen und auch politische Alternativen formulieren. Das Spektrum der Repräsentations-

arenen reicht von formalen Orten wie der Parlamentsdebatte über die massenmedial vermittelte öffentliche Sphäre (etwa Talkshows oder Presseformate wie Interviews und Meinungsbeiträge) bis hin zur Möglichkeit der direkten Ansprache etwa auf Bürger*innenversammlungen, an Wahlkampfständen, bei Bürger*innen-Sprechstunden von Abgeordneten oder durch das Petitionsrecht. Demokratische Repräsentation soll zudem nicht nur die jeweilige Wähler*innenschaft ansprechen, sondern zumindest auch übergreifende Positionen und Werte repräsentieren, etwa wenn es um die Bestätigung des Wertes demokratischer Verfahren und Auseinandersetzung geht. Während Partizipation in der Demokratie also immer wichtiger und vielgestaltiger wird, wird Repräsentation zunehmend dialogisch.

Damit haben wir die für die Analyse des Verhältnisses von Digitalisierung und Demokratie notwendigen Grundlagen eingeführt und unser Verständnis der Demokratie und ihrer Grundlagen und Bezugnahmen erörtert. Im zweiten Schritt wenden wir uns nun der Digitalisierung und ihrer transformativen Kraft zu, bevor wir anschließend versuchen, die Veränderungen zu bewerten und Handlungsempfehlungen aufzuzeigen.





TEIL 2

DIGITALISIERUNG



WAS HEIßT „DIGITALISIERUNG“?

Wie verändert nun Digitalisierung die Demokratie? Bevor diese Frage beantwortet werden kann, muss zunächst geklärt werden, was unter „Digitalisierung“ verstanden wird. Der Begriff bezeichnet zunächst auf einer technischen Ebene den Einsatz von Verfahren der elektronischen Informationsverarbeitung, die

- durch die binär codierte Speicherung von Daten (0 und 1),
- algorithmische Verarbeitungsmöglichkeiten (automatische datenbasierte Verarbeitung und Analyse) und
- das Potenzial zur Vernetzung

charakterisiert sind. Diese technischen Gesichtspunkte lassen sich gut am Beispiel der Fotografie veranschaulichen. Zu der Zeit, als Fotos nur analog auf Papier vorlagen, war man für deren Vervielfältigung auf ein Fotolabor angewiesen. Ein digitales Foto können wir heute hingegen beliebig oft ohne Qualitätsverlust kopieren. Wir können es auch weitreichend bearbeiten, im Moment der Aufnahme oder danach, wir können es mit weiteren Informationen verknüpfen, etwa darüber, wer darauf abgebildet ist, und es unmittelbar an andere senden, egal, wo diese gerade sind. Das alles ist längst ein so normaler Teil unseres Lebens, sodass wir die Möglichkeit, je-

derzeit Fotos zu machen, sie zu bearbeiten und zu teilen, tief verinnerlicht haben und für völlig selbstverständlich halten.

Der Begriff „Digitalisierung“ geht aber über die technischen Eigenschaften hinaus. Er bezeichnet auch die Tatsache, dass unser alltägliches Handeln zunehmend von der Nutzung digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien geprägt ist. Auf der Grundlage digitaler Vernetzung haben wir deutlich gesteigerte Möglichkeiten, an Informationen zu gelangen und uns mit anderen auszutauschen. Die Durchdringung unseres Alltags durch die digitale Technik hat in der Mitte des 20. Jahrhunderts begonnen. Am Anfang stand die Entwicklung von Speicher- und Verarbeitungsverfahren (z. B. Mikroprozessoren), später traten dann Vernetzungstechniken hinzu, die in der Entwicklung und globalen Ausbreitung des Internets gipfelten. Mitte der 1990er-Jahre hatte das Internet seinen Durchbruch zum gesellschaftlich wichtigen Kommunikationsnetzwerk,

das seitdem sämtliche Lebensbereiche durchdrungen hat.

Der Computer und das Internet sind aber nur äußere Zeichen der Digitalisierung. Wie tiefgreifend die Digitalisierung unser Leben verändert, lässt sich am Beispiel der mobilen Vernetzung durch Smartphones veranschaulichen. Dabei handelt es sich nicht einfach nur um tragbare Computer. Smartphones verändern die Welt, weil digital gestützte Handlungsmöglichkeiten nun immer und überall um uns herum sind. Sie beschränken sich nicht nur auf unsere aktive Kommunikation, sondern sie begünstigen auch eine allgegenwärtige Erfassung und Verarbeitung der Welt in Daten. Das „Internet der Dinge“ und der Einsatz künstlicher Intelligenz für das maschinelle Erkennen und Klassifizieren lebensweltlicher Kontexte (etwa bei der Gesichtserkennung oder den Sprachbefehlen) stellen weitere, sich gegenwärtig entfaltende Entwicklungen in dieser Reihe dar.

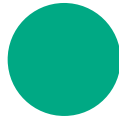
Digitalisierung bedeutet, dass unsere soziale Welt so umgestaltet wird, dass sie digital erfassbar ist und damit berechenbar wird. Informationen, die nicht in digitaler Form erfasst sind, werden zunehmend irrelevant. Fotos, die auf einem vernetzten Speicherplatz (Cloud) liegen, sind beispielsweise viel bequemer zugänglich als analoge Fotoalben. Gesellschaftliche Steuerung erfolgt aufgrund digitaler Daten, wir nehmen die Welt in und durch digital gesetzte Auswahl- und Verarbeitungskriterien wahr.

Digitalisierung in diesem umfassenden Sinne wirkt dabei nicht zwingend einseitig. Sie stellt auch nicht aus sich heraus einen Verlust individueller Handlungsautonomie dar. Was durch Digitalisierung geschieht, ist zunächst einmal eine Neuordnung und Erweiterung: Die digitale Welt bietet uns in jeder Situation neue Möglichkeiten. An der Oberfläche, indem wir anders handeln oder interagieren, etwa deshalb, weil wir jederzeit in unserer Tasche einen Weltatlas

sowie einen vernetzten Fotoapparat samt Bildbearbeitungssoftware mit uns tragen. Manche Handlungsmöglichkeiten werden nahegelegt oder sogar erzwungen, andere verdeckt oder unmöglich gemacht. Der unangekündigte Spontanbesuch ist mittlerweile verpönt, gleichzeitig aber die kurzfristige, flexible Koordination von Zusammenkünften – auch größerer Gruppen – mit Instant-Messaging-Diensten deutlich einfacher möglich und längst alltäglich. Algorithmen sortieren auf uns zugeschnitten vor, was nach ihrer Berechnung für uns gerade wichtig oder interessant ist. Sie tun dies wie selbstverständlich und zumeist, ohne dass wir sie bewusst steuern

oder überstimmen könnten. Sie reagieren einfach nur auf unser Verhalten. Und auch die Corona-Pandemie hat uns die strukturierende Kraft digitaler Dienste nachdrücklich vor Augen geführt: Digital gestützte Handlungsweisen wie Video-konferenzen oder Check-In-Apps sind schnell in den Alltag integriert worden. Und sie sind auch zu einer Erwartung an jene Teile der Bevölkerung geworden, die der Digitaltechnik bislang weniger zugewandt sind.

Wie aber wirkt Digitalisierung auf die beiden von uns als zentral gekennzeichneten Bereiche der Öffentlichkeit und der demokratischen Verfahren?





DIGITALISIERUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Massenmedien wie Zeitungen, Zeitschriften, Fernsehen und Radio haben einen entscheidenden Nachteil: Nur eine kleine Zahl von Menschen kann sich zu Wort melden. Die deutliche Mehrheit muss passiv bleiben, kann nur lesen, sehen und hören, was publiziert worden ist. Diese Knappheit an Veröffentlichungsmöglichkeiten überwindet das Internet als Kommunikationsnetzwerk, in dem prinzipiell alle an der Öffentlichkeit teilhaben können – vorausgesetzt, sie verfügen über einen Internetzugang. Das trifft in Deutschland mittlerweile auf fast alle Bürger*innen zu. Damit scheint vordergründig eine breite Beteiligung an der öffentlichen Meinungsbildung und somit auch eine weiter gehende Demokratisierung garantiert zu sein.

Doch das ist nur der erste Eindruck. Schaut man genauer hin, stößt man auf eine ganze Reihe von Fragen und ungelösten Problemen. Weil nun jede*r weitgehend ungehindert kommunizieren kann, steigt die Menge des Publizierten erheblich an, sodass es schwerfällt, den Überblick zu behalten. Journalist*innen, die in den Massenmedien eine Auswahl für das Publikum treffen und den Zugang zur Öffentlichkeit kontrollieren, können im Internet leicht umgangen werden. Daher können sich auch Falschmeldungen und Hasskommentare ungehindert verbreiten.



SOZIALE MEDIEN UND DIGITALE PLATTFORMEN



Soziale Medien sind Angebote, die es Menschen ermöglichen, Informationen und Inhalte zugänglich zu machen sowie soziale Beziehungen zu knüpfen und zu pflegen. Digitale Plattformen sind dabei die wichtigste Form sozialer Medien, zu denen aber etwa auch Messenger-Dienste, z. B. WhatsApp, und Wikis gehören. Digitale Plattformen aus den sozialen Medien stellen eine Infrastruktur für Kommunikation bereit und gerade die bekannten Plattformen wie Facebook, Instagram, Twitter oder YouTube haben so die Möglichkeiten gesellschaftlichen Austauschs beträchtlich erweitert und intensi-

viert. Plattformen sind dadurch gekennzeichnet, dass Partizipation und Automation bei ihnen zusammenspielen: Zum einen stellen sie den Nutzer*innen Werkzeuge zur freien Gestaltung eigener Beiträge und Angebote bereit. Zum anderen werden auf Plattformen Algorithmen eingesetzt, um Auswahlentscheidungen des Publikums vorwegzunehmen oder zu beeinflussen, etwa bei der Nachrichtenauswahl.

Ein besonders wichtiger Aspekt der Untersuchung von Plattformen ist deren ökonomische Dimension. Plattformen, die neben den Nachrichten und der

politischen Debatte auch in anderen gesellschaftlichen Feldern wie Verkehr, Gesundheit oder Immobilien immer wichtiger werden, sind nicht einfach neutrale Mittler, sondern sie haben eigene ökonomische Interessen. Das beeinflusst die Ausgestaltung des Informationsaustauschs. So ist in den sozialen Medien insbesondere die Finanzierung der Angebote durch Werbung zentral. Sie beruht zum einen auf einer umfassenden Datensammlung und -analyse, zum anderen auf der Bevorzugung von Inhalten, die Aufregung und Polarisierung erzeugen, was Nutzer*innen interessiert halten soll. Plattformen werden daher für viele Probleme der digitalen Öffentlichkeit verantwortlich gemacht, u. a.:

- für die Verrohung des öffentlichen Diskurses und die Polarisierung des Streits,
- für Mängel in der Informationsqualität wie Falschinformationen, die oft absichtlich in die Welt gesetzt werden, um anderen zu schaden („Fake News“),
- für Verstöße gegen den Datenschutz und die Verletzung der Privatsphäre,
- für die algorithmische Manipulation der Meinungsbildung und
- für das Auseinanderfallen der Öffentlichkeit (in Echokammern und Filterblasen).



DIGITALISIERUNG DEMOKRATISCHER VERFAHREN

Als das öffentliche Internet sich in den 1990er-Jahren zunehmend in der westlichen Welt ausbreitete, war dies oft verbunden mit sehr hochfliegenden Erwartungen an die positiven Auswirkungen auf die Qualität und Form der Demokratie. Erwartet wurde ein integrativer Partizipationsschub: Bürger*innen würden sich im Internet auf eine neue, viel aktivere Weise mit Politik auseinandersetzen, die elektronische Demokratie (E-Demokratie) würde die Bedeutung von Berufspolitiker*innen reduzieren und vielleicht würde gar die Bedeutung von Staatlichkeit und Souveränität als solche abnehmen. Eine solche Perspektive sitzt jedoch der Annahme auf, dass Reprä-

sentation nur eine Krücke der Demokratie ist – einzig und allein deshalb notwendig, weil menschliche Gesellschaften zu groß geworden sind, um in einem Forum zusammenzukommen und zu diskutieren. Wer so argumentiert, verpasst aber die fundamentale Bedeutung der Verknüpfung von Partizipation und Repräsentation in der modernen Demokratie. Repräsentation ist eben nicht nur eine Krücke, sie ist vielmehr Bedingung dafür, dass wir einen politischen Prozess erzeugen, in dem Meinungen zusammengetragen und durchdacht werden, Verantwortung übernommen und Kompromisse vereinbart werden können. Nur mittels einer repräsentativen Institutio-

nalisierung der Demokratie lassen sich eine Vielzahl politischer Prozesse gleichzeitig und unabhängig von Aufmerksamkeitsspannen bearbeiten.

Die Wirkung der Digitalisierung auf den Bereich politischer Verfahren ist daher differenzierter zu betrachten. Im Mittelpunkt steht nicht die Senkung von Interaktionskosten, sondern es geht stärker darum, wie insgesamt Verfahren der Beteiligung an und Begleitung von politischen Prozessen zunehmend verändert und reformiert wurden. Scheinbar naheliegende Lösungen wie die Möglichkeit, online zu wählen, haben sich dabei als sehr viel schwieriger umsetzbar erwiesen, zumal sie keinen großen Nutzen bringen, aber deutliche Risiken bergen. Was sich insgesamt stark verändert hat, ist hingegen die Transparenz von Verfahren und Entscheidungen. Dies beginnt mit der einfachen Bereitstellung von Dokumenten und der Übertragung und Nachvollziehbarkeit von Sitzungen und Entscheidungen. Hier spielt Digitalisierung eine Rolle, da die Bereitstel-

lung, Aufarbeitung und Auffindbarkeit von Daten zugenommen hat und durch zivilgesellschaftliche Initiativen wie etwa [FragdenStaat.de](https://fragdenstaat.de) oder www.abgeordnetenwatch.de technische Lösungen bereitstehen, Prozesse gegen Widerstände und Trägheit durchzusetzen.

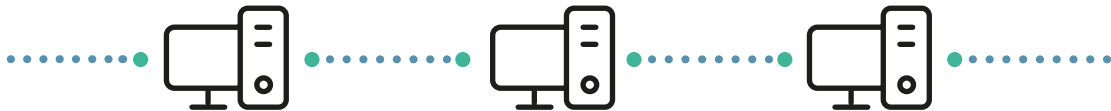
Auch im Bereich der Bürger*innenbeteiligung ist Digitalisierung ein Faktor, der den bereits vorher wahrnehmbaren Trend zur Ausweitung von Beteiligungsverfahren verstärkt und ergänzt hat: Ein aktuelles Beispiel für einen sehr ambitionierten Einbindungsprozess ist die „Conference on the Future of Europe“, auf der europäische Bürger*innen und Interessengruppen aufgefordert waren, an einem sehr umfassenden Beratungsprozess zur Entwicklung europäischer Politik teilzunehmen. Die digitale Struktur erlaubt dabei die zeitgleiche und interaktive Bearbeitung einer Vielzahl von Themen und das Finden von Mitstreiter*innen für neue Anliegen. Auch kommunale Projekte zur Stärkung von Partizipation oder zur besseren Nutzung

öffentlicher Daten gelten als Erfolgsbeispiele, bekannt ist etwa die digitale Verwaltungsreform in Barcelona. Auch in Deutschland gibt es einen Zuwachs an Beteiligungsplattformen auf kommunaler Ebene, wobei die Beteiligungsbereitschaft aber oft schwächer ausfällt als erhofft.

Noch einmal etwas anders gelagert sind neue Beteiligungsformen, wie etwa Civic Hackathons. Der bekannteste Fall hier ist der von sieben zivilgesellschaftlichen Initiativen gestartete und sodann von der Bundesregierung getragene #WirVsVirus-Hackathon, der in der ersten Phase der Corona-Pandemie mit fast 30.000 Teilnehmer*innen nach gesellschaftlichen Lösungen für die vielgestaltigen Probleme der Pandemie suchte. In digitaler Weise neue Schnittstellen des Austauschs und der Lösungsfindung

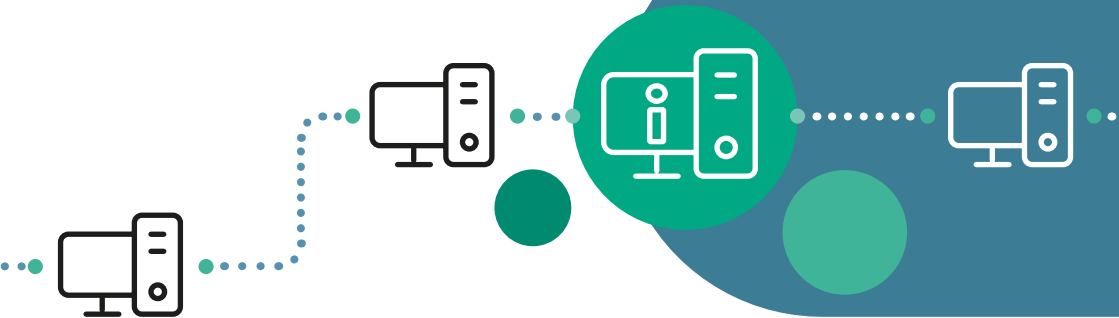
gerade auch zwischen Bürger*innen und Verwaltungen herzustellen, war hier der Ansatz.

Insgesamt hat die Digitalisierung das Repertoire politischer Prozesse deutlich erweitert, auch wenn dies nicht mit Demokratisierung per se gleichgesetzt werden sollte. Digitale Technologien erlauben neue Handlungsformen und begünstigen den Austausch zwischen Bürger*innen und Politik. Dadurch, dass sie sowohl unmittelbar als auch asynchron, überregional als auch stark lokalisierend wirken können und zudem durch algorithmische Verarbeitungsmöglichkeiten die Komplexität vielgestaltiger Beteiligung reduziert und zusammengefasst werden kann, stellt Digitalisierung durchaus ein Versprechen für politische Prozesse dar. Dessen Erfüllung liegt nicht einfach im Techno-



logieeinsatz, sondern in der Aneignung und Kreativität der Bürger*innen. Schon früher hat sich Demokratie im Wandel von Technologien verändert. Man denke etwa an den Zusammenhang zwischen dem Buchdruck und der Entstehung der repräsentativen Demokratie. Eine solche tiefgreifende Transformation ist auch für die immer noch sehr dynamische digitale Transformation zu erwarten.

Wir haben nun die Grundlagen gelegt, um im Folgenden die Auswirkungen der Digitalisierung auf die demokratischen Ziele und Normen noch etwas konkreter diskutieren zu können. Dabei halten wir an der eingangs gemachten Unterscheidung der drei demokratischen Ziele und Normen – Freiheit, Gleichheit und gesellschaftliche Inklusion – fest.





FAIRE WAHLEN IN DIGITALEN GESELLSCHAFTEN

Autorin: Prof. Dr. Ulrike Klinger

Auch die politischen Parteien und die Kandidierenden in Wahlkämpfen nutzen digitale Plattformen. Über soziale Netzwerke versuchen sie, Informationen zu vermitteln, für Unterstützung zu werben, Spenden zu sammeln, ihre Zielgruppen zu mobilisieren und die der Konkurrenz zu demobilisieren. In der Bundestagswahl 2021 waren alle Parteien auf den großen Plattformen etabliert, aber mit unterschiedlicher Reichweite. So erreichen bei nationalen Wahlen und auch Europawahlen die rechtspopulistischen Parteien ein besonders großes und aktives Netzwerk an Followern und „Freunden“.

Allerdings übersetzen sich Likes, Shares und Kommentare nicht direkt in Wähler*innenstimmen – wer populär in den sozialen Netzwerken ist, gewinnt damit noch lange keine Wahl.

Die digitalen Plattformen haben die Kampagnenstrategien stark verändert. Statt traditioneller Milieus kann man nun datenbasiert sehr kleine Zielgruppen mit maßgeschneiderten Botschaften ansprechen, z. B. alleinstehende, tierliebende Mütter unter 30 mit Hochschulabschluss in einem bestimmten Postleitzahlgebiet. Da politische Werbung auf den Plattformen in personalisierten

Newsfeeds angezeigt wird, ist es kaum noch möglich, alle Botschaften und Versprechungen der Parteien zu erfassen.

Die Intransparenz erhöht die Anreize für Parteien und Kandidierende, sich unfair und aggressiv zu verhalten, alle technischen Möglichkeiten auszunutzen, um sich als populärer darzustellen, als sie es tatsächlich sind. Um dem entgegenzuwirken, warben zivilgesellschaftliche Organisationen vor der Bundestagswahl für einen Ethik-Kodex, dem sich die wichtigsten Parteien angeschlossen haben.

Weil die Algorithmen der Plattformen eine hohe Nutzer*innenaktivität belohnen, haben „Superuser“, die besonders viele Likes und Kommentare hinterlassen, einen überproportionalen Einfluss auf die Verbreitung von Informati-

onen und Diskursen. Dadurch sind Wahlkämpfe in sozialen Netzwerken sehr anfällig für Manipulation durch unauthentische Kommunikation, Trolle, Bots oder durch gezielte ausländische Propaganda.

Zur Bundestagswahl haben die im Bundestag vertretenen Parteien im September 2021 insgesamt 5.616 Facebook-Posts veröffentlicht, die ca. 654.000-mal geteilt wurden – über die Hälfte dieser Shares entfielen allein auf die AfD. In der Woche vor der Wahl befanden sich in den Facebook-Feeds der Bürger*innen aber nur sieben Prozent politische Inhalte, davon 41 Prozent thematisch zur Bundestagswahl. Kurzanalysen zur Bundestagswahl in den sozialen Netzwerken finden sich unter

www.zahlen-zur-wahl.de





TEIL 3

DEMOKRATISCHE ZIELE UND NORMEN

FREIHEIT

Wenden wir uns zunächst dem Thema der Freiheit zu und fragen, welche Effekte der Digitalisierung sich in Bezug auf diese beobachten lassen. Da das Feld sehr groß ist, schauen wir zunächst auf den liberalen Aspekt der Meinungsfreiheit, wo die Auswirkungen besonders oft und nachhaltig diskutiert werden.

Was ist mit „Meinungsfreiheit“ gemeint? In Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes heißt es: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Bericht-

erstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ Es geht also um das Recht der Einzelnen, die eigene Meinung frei zu äußern und sich auch frei informieren zu können. Eine besondere Rolle kommt dabei den Medien zu, weil sie die politische Öffentlichkeit herstellen, an der alle Bürger*innen, Politiker*innen, Regierung, Parteien, Verbände und sozialen Bewegungen teilhaben sollen. Wegen dieser wichtigen Aufgabe für die Demokratie haben Medien besondere Rechte und Pflichten.

Soziale Medien wie Facebook und Twitter haben es so leicht wie niemals

zuvor in der Geschichte gemacht, vom Recht auf freie Meinungsäußerung vor einem großen Publikum Gebrauch zu machen – und viele Menschen tun es tatsächlich. Dennoch bleiben Einschränkungen. In vielen Ländern gibt es äußere Hindernisse wie staatliche Zensur und das Sperren von Internetzugängen. Außerdem lässt sich das Internet selbst als Werkzeug staatlicher Überwachung und Steuerung verwenden.

Darüber hinaus haben sich im Internet neue Formen der Einschränkung herausgebildet, die Nutzer*innen davor abschrecken sollen, ihre Meinung frei zu äußern. Wer Angst davor haben muss, mit seinen Äußerungen Hasskommentare oder einen Shitstorm auszulösen, wird eher schweigen und nicht widersprechen. Gezielte Abschreckung hält viele davon ab, sich in den sozialen Medien an Diskussionen zu beteiligen. Daher sind auch die in Online-Debatten vertretenen Meinungen keineswegs repräsentativ für die Gesamtbevölkerung. Nicht nur die Meinungsfreiheit stößt im

Internet an Grenzen, sondern auch die Informationsfreiheit. Wer personalisierte Nachrichten bekommt, übersieht leicht, was es darüber hinaus an wichtigen Themen in der Welt gibt.

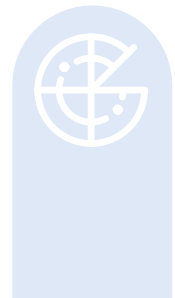
Schaut man über die Veränderung von Ausdrucksmöglichkeiten und die daraus erwachsenden Freiheiten hinaus auf die stärker strukturelle Ebene der Verknüpfung von Repräsentierenden und Repräsentierten, dann tritt Transparenz als eine notwendige Voraussetzung für die kompetente Beteiligung der Bürger*innen an der öffentlichen Meinungsbildung hervor. Transparenz soll es ermöglichen, unabhängig, unvermittelt und unmittelbar politische Prozesse zu beobachten. Die Möglichkeit zu größerer Transparenz durch Digitalisierung erwächst dabei aus der technischen Möglichkeit, politische Entscheidungsprozesse breit zu dokumentieren und zugänglich zu machen. Transparenz soll das Verhältnis von Regierenden und Regierten ausgeglichener gestalten, sie soll Machtmissbrauch verhindern und

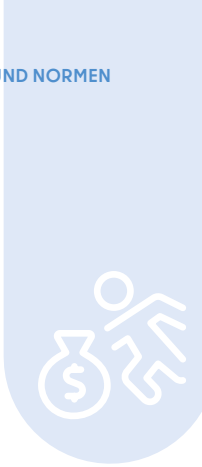
die Bürger*innen besser in die Lage versetzen, auf Politik einzugehen, sie nachzuvollziehen und eigene politische Positionen zu begründen. Politik in ihrem Funktionieren sichtbar zu machen, soll Bürger*innen ermächtigen, selbst tätig zu werden – und zugleich sicherstellen, dass Entscheidungen am Wohl der Bürger*innen und nicht an Partikularinteressen ausgerichtet werden.

Digitalisierung ist aber nicht gleichbedeutend mit Transparenz, obwohl sie neue Möglichkeiten für deren Herstellung erzeugt. Die einfache Gewährung von Zugang überfordert schnell und führt dazu, dass informelle Prozesse an Bedeutung gewinnen. Von außen kommende Versuche, Politik transparent zu machen und dadurch zur Verantwortungsübernahme zu zwingen – das bekannteste Beispiel hierfür ist WikiLeaks – haben auch nur begrenzt Wirkung gezeigt. Umgekehrt werden auch viele Transparenzinitiativen der Politik als Imagekampagnen wahrgenommen und eher als Simulation von Beteiligung

denn als echte Einbeziehung erfahren. Dagegen wird oft versucht, Initiativen wie das Informationsfreiheitsportal „Frag den Staat“ auszubremsen.

So bleibt es auch im digitalen Kontext die Aufgabe eines unabhängigen Journalismus, Informationen zu recherchieren, zu prüfen, verständlich aufzubereiten und für die Bürger*innen bereitzustellen sowie nunmehr die Gelegenheit zur Kommentierung und Diskussion in einem zivilen Umfeld zu geben. Es ist speziell die Aufgabe des investigativen Journalismus, skandalöse Vorgänge aufzudecken und an die Öffentlichkeit zu bringen.





GLEICHHEIT

Gleichheit ist ein weiteres großes Versprechen des Internets. Dennoch ist oft von einer „digitalen Spaltung“ der Bevölkerung die Rede. Mit dem Wert „Gleichheit“ ist gemeint, dass alle Gruppen der Gesellschaft die gleiche Chance haben, sich am demokratischen Prozess zu beteiligen und ihn zu beeinflussen. Die Frage der Gleichheit stellt sich im Internet an vielen Stellen. Sie betrifft nicht nur den technischen Zugang zur digitalen Öffentlichkeit, sondern auch die Nutzung von Angeboten und ihre Wirkung. Im Fall des Internets muss – im Unterschied zu den traditionellen Massenmedien – auch zwischen der Gleichheit bei der Rezeption und

Kommunikation unterschieden werden. Einerseits geht es also darum, wer sich im Netz gut informieren und nützliches Wissen aneignen kann. Andererseits kommt es darauf an, wer mitdiskutiert, für seine Beiträge Aufmerksamkeit erhält und letztlich auch politische Entscheidungen beeinflussen kann.

In Deutschland haben über 90 Prozent der Haushalte einen Zugang zum Internet. Gleichwohl ist die Ausstattung unterschiedlich, wie sich besonders während der Corona-Pandemie gezeigt hat: Im Sommer 2020 gaben 16 Prozent der Schüler*innen zwischen zwölf und 19 Jahren an, dass sie zu Hause eine

schlechte Internetverbindung hatten, und sechs Prozent, dass sie nicht genug technische Geräte hatten, um zu lernen oder um Hausaufgaben zu machen. Die Nutzung des Internets ist abhängig von Alter, Bildung und Erwerbstätigkeit.¹

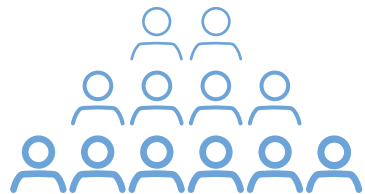
Im Internet gibt es auch eine extrem ungleiche Verteilung von Aufmerksamkeit zwischen den Angeboten: Sehr wenige erzielen enorme Reichweiten, während der große Rest kaum Beachtung findet. Dies liegt daran, dass sich Kosten für Anbieter im Vergleich mit den alten Medien nicht verringert, sondern nur verschoben haben: Nicht mehr die Vervielfältigungs- und Verbreitungstechnik ist heute teuer, sondern das Gewinnen von Nutzer*innen, denn die Konkurrenz um Aufmerksamkeit ist im Internet viel härter als in den Massenmedien Presse und Rundfunk. Dies geschieht beispielsweise, indem Seiten so gestaltet werden, dass

sie für Suchmaschinen leicht auffindbar sind und auf den Ergebnislisten gut platziert werden. Über die Macht, Aufmerksamkeit im Internet zu lenken und darüber die Meinungsbildung zu beeinflussen, verfügen vor allem die großen Medien und die Betreiber der Plattformen selbst, die durch die algorithmische Selektion die Sichtbarkeit von Beiträgen bestimmen.

Mit Blick auf die demokratische Gleichheit ist es auch wichtig, niedrighschwellige Beteiligungsmöglichkeiten für eine breitere Repräsentation von Bevölkerung anzubieten. Politikwissenschaftliche Forschung zur Akzeptanz und Nutzung von intensiven Partizipationsverfahren zeigt, dass im Allgemeinen die Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten jenseits des Wahlrechts besonders von ressourcenstarken Teilen der Bevölkerung genutzt wird; von Menschen also, die etwa über finanzielles Kapital, freie Zeit oder hohe Bildung verfügen (dies gilt tendenziell auch für die Beteiligung an Wahlen).

¹ Umfassende Statistiken zu Internetzugang und -nutzung enthält folgende Studie: UNESCO (2021): Bewertung der Internetentwicklung in Deutschland. Paris: UNESCO.

Die Ausweitung von Partizipationschancen allein bewirkt also noch nicht automatisch eine breitere Beteiligung, sondern geht sogar häufig zu Lasten großer Teile der Bevölkerung. Auch die digitale Organisation von Beteiligungsmöglichkeiten reduziert diesen Effekt nicht vollständig. Auch hier zeigen sich große Unterschiede in Akzeptanz und Nutzung, obwohl digitale Formate etwa im Hinblick auf Zeiteinteilung, Aufwandskosten oder Zugänglichkeit oft inklusiver angelegt sind. Insgesamt zeigt die Forschung daher, dass für Partizipationsangebote, die das Gefühl eines Mehrwerts bei Beteiligten sowie in der Politik hervorbringen sollen, der Aufwand und damit die Kosten digitaler Partizipation gerade nicht niedrig, sondern hoch angesetzt werden sollten. Gelingende Partizipation braucht eine breite Ansprache aller Bürger*innen, eine kontinuierliche Pflege und auch Nachbereitung von Ergebnissen und Wirkungen – sowie Erklärungen und Hilfestellungen, die für sehr unterschiedliche Zielgruppen passend sind.



Beispiele für eine Beteiligung der Bürger*innen sind das

CityLAB Berlin citylab-berlin.org, das sich als „öffentliches Experimentierlabor für die Stadt der Zukunft“ versteht,



und die Plattform mein.berlin.de, die Beteiligungsprojekte der Senatsverwaltungen, der Bezirksämter und der Quartiersmanagements bündelt, deren Reichweite aber bisher begrenzt bleibt.



Zu klären ist zudem die Frage, durch wen und auf welchen Kanälen digitale Partizipation ermöglicht werden soll: Braucht es mehr von der Politik organisierte Beteiligungsangebote wie die Petitionsplattform des Deutschen Bundestages, die diversen Beteiligungsplattformen von Kommunen oder die Bürgerräte; braucht es mehr Möglichkeiten, zu Politik Stellung zu nehmen, und zwar auf den Plattformen, auf denen die Bürger*innen sich ohnehin bewegen, wie es etwa durch Bürger*innen-Sprechstunden auf Facebook oder Twitter ermöglicht wird; oder braucht es mehr Partizipationsmöglichkeiten durch spezifische Plattformen aus der Zivilgesellschaft heraus, wie sie etwa Petitionsplattformen (z. B. Campact) oder Beteiligungsplattformen (z. B. Abgeordnetenwatch) bieten?



WIE GUT WERDEN WIR IM NETZ INFORMIERT?



2013

25 %

2021

40 %



2013: 2 %

2021 10 %

Nachrichtennutzung in Deutschland 2013 und 2021

² Die Zahlen sind entnommen: Hölzig, Sascha/Hasebrink, Uwe/Behre, Julia (2021): Reuters Institute Digital News Report 2021 – Ergebnisse für Deutschland. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut (Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts | Projekt-ergebnisse Nr. 58). DOI: <https://doi.org/10.21241/ssor.73637>, S. 19.

Das Sammeln, Prüfen und Verbreiten von Nachrichten ist die Kernaufgabe des Journalismus. Der professionelle Journalismus ist aber seit der Jahrtausendwende in einer ökonomischen Krise. Seit vielen Jahren verlieren die Tageszeitungen Leser*innen und Werbekund*innen, die ins Internet abwandern. Dort sind vor allem die digitalen Plattformen zu einer großen Konkurrenz geworden.

Soziale Medien gewinnen als Nachrichtenquelle an Bedeutung. Der repräsentative „Digital News Report“ ermittelt jährlich die Hauptnachrichten-Quellen der Internet-Nutzer*innen. Demnach hat sich die Nachrichtennutzung in Deutschland zwischen 2013 und 2021 deutlich verschoben: Das Internet (2013: 25%; 2021: 40%) und speziell soziale Medien (2013: 2%; 2021:

10%) haben stark an Bedeutung gewonnen. Vor allem jüngere Gruppen ziehen soziale Medien den anderen Nachrichtenquellen vor (2021: 18–24 Jahre: 25%; 25–34 Jahre: 16%).²

Zugleich ist die Kritik weitverbreitet, dass Plattformbetreiber radikal indifferent gegenüber der Qualität der Informationen sind und auch Falschinformationen für ihr Geschäftsmodell kein Problem sind. So wählt Facebook für seinen „Newsfeed“ Nachrichten nicht nach ihrer gesellschaftlichen Bedeutung aus, sondern hauptsächlich nach der persönlichen Betroffenheit. Die Fülle an Nachrichten aus unterschiedlichen Quellen und mit unterschiedlicher Qualität kann die Nutzer*innen überfordern. Wir fühlen uns nur gut informiert, sind es aber tatsächlich nicht.



WIE FRUCHTBAR SIND DISKUSSIONEN IM NETZ?

Oft wird beklagt, dass öffentliche Diskussionen im Internet aus dem Ruder laufen. Hasskommentare und Shitstorms haben vergessen lassen, wie gut das Internet auch für konstruktive Diskussionen geeignet ist. Was zeichnet solche konstruktiven Diskussionen aus? Dies sind Offenheit (alle können teilnehmen), Rationalität (das bessere Argument zählt), Respekt (die Diskutierenden achten einander und nehmen sich gegenseitig ernst) und Bezugnahme (sie gehen auf das schon

Gesagte ein). Die Forschung zeigt, dass die Diskursqualität stark von der Gestaltung von Online-Foren und den Merkmalen der Teilnehmenden abhängig ist. Relativ gering ist die Qualität auf



Facebook, Twitter und in Blogs, eher mittelmäßig in den Kommentaren unter Online-Artikeln. Positiv beeinflusst wird sie etwa dadurch, dass die Diskussionen moderiert werden und sich die Teilnehmenden mit ihrem Namen

zu erkennen geben, also nicht anonym schreiben. Redaktionen haben aber oft nicht genügend Personal, um alle Diskussionen zu moderieren, oft müssen sie sich darauf beschränken, unzivilisierte Kommentare zu löschen.



GESELLSCHAFTLICHE INKLUSION

Seit einigen Jahren ist die Sorge verbreitet, dass das Internet nicht den Zusammenhalt in der demokratischen Gesellschaft fördert, sondern zu Polarisierung und Zerfall beiträgt. Alle Bürger*innen sollten über jene Themen informiert sein, die von öffentlichem Interesse sind, weil über sie politisch entschieden werden muss. Und sie sollten die unterschiedlichen Standpunkte zu strittigen Themen kennen – und auch die Begründungen dafür, also die Pro- und Contra-Argumente. Erst auf dieser Grundlage können sie sich verständigen und gemeinsam nach Lösungen suchen. Dass die Themen- und Meinungsvielfalt das Publikum tatsächlich erreicht, gilt

in der digitalen Öffentlichkeit aus zwei Gründen als zweifelhaft:

Zum einen haben Rezipient*innen die Neigung, nur solche Themen auszuwählen, die sie interessieren, und sich nur solchen Meinungen zuzuwenden, die sie in ihrer bestehenden Auffassung bestätigen. Viele andere Themen und Meinungen bleiben also unbeachtet. Diese durch individuelle Interessen geleitete Auswahl wird im Internet vereinfacht, weil dort die Bandbreite verfügbarer Themen und Meinungen nahezu grenzenlos ist. Jede*r findet, was sie/ihn interessiert. Außerdem kann widersprechenden Meinungen leichter

ausgewichen werden. Gleichgesinnte bleiben lieber unter sich und bestätigen sich gegenseitig. Das ist mit der These der Echokammer gemeint.

Zum anderen ist die Auswahl im Internet oft automatisiert – häufig auch noch so, dass der Effekt den Nutzer*innen verborgen bleibt. Die These der Filterblase behauptet nun, dass durch die Personalisierung von Angeboten jede*r in einer eigenen Informationsblase lebt, die sich deutlich von der Blase der anderen Nutzer*innen unterscheidet. So sollen etwa Suchmaschinenergebnisse auf die jeweils eigenen Bedürfnisse zugeschnitten sein. Auch dies hätte einen Zerfall der Öffentlichkeit zur Folge, weil jede*r etwas anderes sieht.

Der Haken an der Sache: Obwohl diese Befürchtungen weit verbreitet sind und auch ziemlich plausibel klingen, lassen sie sich in wissenschaftlichen Studien nur sehr begrenzt nachweisen. Eine Personalisierung durch Suchmaschinen ist kaum beobachtbar. Trefferlisten ver-

schiedener Nutzer*innen sind weitgehend identisch. Themen setzen nach wie vor im Wesentlichen die Massenmedien; sie werden in den sozialen Medien aufgegriffen und weiterverbreitet. Zwar lässt sich in Netzwerken die Tendenz beobachten, dass „Gleich und Gleich“ zusammenfindet, dennoch sind die Meinungslager nicht völlig isoliert, wie es die These der Echokammern behauptet. Vielmehr stoßen die Vertreter*innen unterschiedlicher Meinungen aufeinander – und zwar oft ziemlich heftig. Darin liegt das eigentliche Problem: in der Verrohung öffentlicher Diskurse, in denen sich die Standpunkte der Diskutierenden nicht annähern, sondern immer weiter auseinandergehen. Statt zu einer Einigung kommt es zu einer Polarisierung.

Demokratische Politik sieht sich häufig mit dem Vorwurf konfrontiert, dass sie eine Tyrannei der Mehrheit hervorbringt, eine Ausrichtung an einigen wenigen hervorgehobenen Themen und Bevölkerungsgruppen. Die heutige digitale

Vermessung der Bevölkerung mit Hilfe von Verhaltensdaten lässt zumindest die Möglichkeit aufkommen, dass Politik sich anders, besser und direkter auf die vielgestaltigen Bedürfnisse und Meinungen der Bürger*innenschaft konzentriert. Mehr noch: Dieses Wissen über die Wünsche und Einstellungen der Bürger*innen muss nicht durch Beteiligungsprozesse erzeugt werden, die – wie oben gesehen – oft Ungleichgewichte hervorbringen, sondern sie kann stärker indirekt aus der Beobachtung der Bürger*innenschaft gewonnen werden. Wenn mehr Menschen sich in ihrem Konsum auf Nachhaltigkeit und Umweltschutz hin ausrichten, kann dies ein stärkeres Zeichen sein als ein organisierter Protest. Wenn Bevölkerungsteile sehr unterschiedlich auf bestimmte politische Inhalte und Initiativen reagieren, können diese auch unterschiedlich angesprochen und einbezogen werden. Die digitale Vermessung der Welt könnte daher eine responsivere und inklusivere Politik ermöglichen, in der vielleicht gar nicht mehr Beteiligung von den Bür-

ger*innen erwartet werden muss – und trotzdem eine politische Ausrichtung am Gemeinwohl gelingt.

Dieser sehr optimistischen Erwartung einer datengestützten und daher responsiven Politik steht eine Position gegenüber, die in der Erfassung der Bürger*innen auf diese Weise ein gravierendes Problem sieht. Mindestens zwei Argumente sind hier wichtig: Erstens geht bei dieser Art der Beobachtung, die nicht auf aktiver Partizipation beruht, einiges verloren. Demokratische Politik meint ja eben nicht nur die Erfüllung von Wünschen und Interessen der Bevölkerung. Der politische Prozess dient ja auch dazu, in der Auseinandersetzung mit den anderen überhaupt erst Präferenzen herauszubilden. Demokratische Politik ist zudem auf die Zukunft gerichtet – sie soll in der Auseinandersetzung überzeugen, nicht einfach nur geräuschlos versuchen, vermutete Wünsche zu erfüllen.



Zweitens ist auch zu problematisieren, dass hier ein großes Missbrauchspotenzial vorliegt. So werden Bürger*innen in sehr unterschiedlicher Weise von Staaten und privaten Akteuren vermesen, und die auf Grundlage von Daten gemachten Schlüsse sind keineswegs automatisch neutral, sondern häufig durch Vorurteile und bestehende Machtpositionen geprägt. Wenn Politik sich zunehmend auf die Beobachtung der Bürger*innen ausrichtet und deren Ver-

halten vorherzusagen versucht, besteht ein gefährlicher Anreiz, manipulativ in den Prozess der demokratischen Willensbildung einzugreifen. Ein Beispiel hierfür ist das sogenannte Microtargeting, mit dem im Kontext von Wahlkämpfen versucht wird, unterschiedliche Gruppen isoliert voneinander anzusprechen und diese mit gezielt auf sie zugeschnittenen, besonders emotionalisierenden Nachrichten zu einem bestimmten politischen Verhalten zu verleiten.

Meinungsfreiheit, Gleichheit und gesellschaftliche Inklusion sind in der digitalen Öffentlichkeit nur unzureichend verwirklicht. Was kann getan werden, um sie besser zu erfüllen? Diese Frage diskutieren wir abschließend.





TEIL 4 HANDLUNGS- EMPFEHLUNGEN

EMPFEHLUNGEN

Die Digitalisierung hat umwälzende Folgen für alle Lebensbereiche. Ob sie gut oder schlecht sind, hängt davon ab, wie wir die digitalen Verhältnisse politisch, sozial, ökonomisch und rechtlich gestalten. Als Infrastruktur ist Digitalisierung dabei in besonderer Weise formbar, da sie technisch auf laufende Adaption und Veränderung hin angelegt ist. So bietet etwa das Internet viele Möglichkeiten der Mitgestaltung. Wer einen Account auf Instagram oder Twitter anlegt, kann bereits mitbestimmen, was und wie dort kommuniziert wird. Gehen wir freundlich miteinander um oder beschimpfen wir einander? Die Verantwortung liegt also nicht mehr nur bei wenigen Medien und Redaktionen und auch nicht allein bei den Plattformbetreibern und ihren Algorithmen, sondern auch wir als Bürger*innen sind einbezogen und daher mitverantwortlich. Dass wir alle

durch unsere Nutzung die Digitalisierung prägen, heißt natürlich nicht, dass nicht einige mehr Einfluss als andere hätten – und daher auch mehr Verantwortung für das zu tragen haben, was im Internet geschieht.

EINS

An erster Stelle sind hier die Betreiber von Plattformen zu nennen, die über eine enorme Markt- und Meinungsmacht verfügen. Sie haben sich der gesellschaftlichen Verantwortung, die ihnen daraus erwächst, lange Zeit weitgehend entzogen, obwohl sie – wie oben ausgeführt – ganz wesentlich die Probleme in der digitalen Öffentlichkeit verursachen. Erst eine Reihe von Skan-

dalen und ein wachsender öffentlicher Druck haben dazu geführt, dass sich zentrale Akteure wie Alphabet (Google, YouTube), Meta (Facebook, Instagram) und Twitter mehr um die Qualität politischer Beiträge und Diskussionen auf ihren Plattformen sorgen. In Deutschland tragen Gesetze dazu bei, wie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das von Plattformen die Löschung strafrechtlich relevanter Beiträge verlangt, oder der Medienstaatsvertrag, der Transparenz über die Auswahlkriterien und Diskriminierungsfreiheit fordert.

ZWEI

Doch Regulierung allein reicht nicht aus. Wichtig sind auch andere vermittelnde Instanzen in der digitalen Öffentlichkeit wie der Journalismus. Er ist durch die Digitalisierung in eine ökonomische Krise geraten, weil Medienunternehmen seit Jahren Werbung und Publikum verlieren.

Seit einiger Zeit wird die Frage diskutiert, ob der Journalismus angesichts seiner Bedeutung für die Demokratie nicht staatlich gefördert werden sollte. Dagegen lässt sich einwenden, dass dadurch die Gefahr einer Abhängigkeit entsteht, die der Rolle von Journalist*innen als kritische Beobachter*innen und Kontrollinstanzen entgegenwirkt. Außerdem ist es wichtig, dass sich der Journalismus weiterentwickelt. Stärker als in Presse und Rundfunk müssen Journalist*innen im Internet mit ihrem Publikum und ihren Quellen interagieren. Das bedeutet zum Beispiel, dass sie öffentliche Diskurse organisieren und moderieren, und zwar so, dass der zivile Umgang zwischen den Streitenden gesichert ist und dass konstruktiv diskutiert wird. Journalist*innen sollten zudem nicht mehr nur die Qualität der eigenen Beiträge prüfen, sondern auch fremde Beiträge, die bereits an anderer Stelle veröffentlicht worden sind. Dies ist etwa beim sogenannten „Fact-Checking“ der Fall, also bei der Überprüfung und ggf. Richtigstellung zweifelhafter Nachrichten.

Am Beispiel des Journalismus sieht man, dass es möglich ist, die Verwirklichung demokratischer Ziele und Normen aktiv zu fördern: Journalistisches Arbeiten trägt zum öffentlichen Diskussionsklima bei, welches ermutigen und nicht einschüchtern sollte. Journalist*innen können politisches Wissen so aufbereiten und verbreiten, dass alle Bevölkerungsgruppen gut informiert sind und niemand ausgeschlossen wird. Und sie können schließlich auch zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen, indem sie die Vielfalt der Themen und Meinungen in ihrem Angebot berücksichtigen – und das umso mehr, je weniger sie der Versuchung nachgeben, ihrerseits die durch soziale Medien beschleunigte öffentliche Erregung weiter anzukurbeln. Vor allem der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgabe, mit seinen Angeboten die Gesamtbevölkerung zu erreichen und die Teilhabe aller Gruppen zu sichern. Diesen Auftrag hat er auch im Internet. Dorthin verlagern die öffentlich-rechtlichen Anstalten zunehmend ihre Aktivitäten. ARD und ZDF

haben das Privileg, dass ihre Programme aus dem Rundfunkbeitrag finanziert werden, den alle Haushalte in Deutschland bezahlen müssen. Damit sind hohe Ansprüche an die Journalist*innen formuliert, denen sie transparent und überprüfbar gerecht werden müssen.

DREI

Wollen wir die Demokratie im digitalen Wandel stärken, spielt zudem die politische Bildung eine zentrale Rolle, die nicht nur auf institutionelles Wissen, sondern gerade auch auf digitale Teilhabekompetenzen hin ausgerichtet werden sollte. Ein umfassendes Bildungssystem stärkt die Bürger*innen darin, reflektiert, sicher und erfolgreich digitale Technologien nutzen zu können. Wie erkenne ich, ob eine Quelle glaubwürdig ist? Welchen Regeln folgt eine Aufmerksamkeitsökonomie, welche Interessen verfolgen die einzelnen Akteure

und Akteurinnen? Welche persönlichen Daten gebe ich durch mein Nutzungsverhalten preis? Und wie ist die Darstellung von Inhalten durch die Reaktion auf mein Verhalten konditioniert? Wie argumentiert man überzeugend und konstruktiv, ohne andere zu verletzen? Wie kann man sein Interesse im öffentlich-digitalen Diskurs durch eigene Wortmeldungen einbringen?

VIER

Schließlich sollten Bürger*innen und Politik gemeinsam die Formate politischer Partizipation und Repräsentation reflektieren und weiterentwickeln. Hier ist in den letzten Jahren viel in Bewegung gekommen, und die Bürger*innen haben heute sehr viel weiterreichende Erwartungen im Hinblick auf Information und Mitbestimmung. Die Verständigung auf allgemein akzeptierte Wege und Werkzeuge der digitalen Demokra-

tie könnte der Beteiligungskultur weiteren Rückenwind geben. Es ist wichtig, dass seitens der Politik die digitalen Kanäle nicht nur als Kanäle der Werbung und Public Relations begriffen werden, sondern das partizipatorische Experimente ernst genommen werden. Auch die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die versuchen, das Verhältnis von Repräsentierten und Repräsentierenden weiter zu intensivieren, ist wichtig. Sie trägt dazu bei, dass sich neue Formen für den digitalen Formwandel der Demokratie herausbilden, die eine Alternative zu der autokratischen Überwachung der Bürger*innen durch neue Datenregime verheißen.

Die digitale Demokratie gibt uns als Bürger*innen neue Möglichkeiten, das politische Geschehen mitzubestimmen. Sie stellt aber zugleich höhere Anforderungen an unsere Fähigkeiten und an unsere Einsatzbereitschaft als frühere Formen der Demokratie.

EMPFOHLENE LITERATUR

EMPFOHLENE LITERATUR

Bruns, Axel (2019): Are filter bubbles real?
Cambridge: Polity Press.

Gut lesbarer Forschungsüberblick zur Diskussion über Filterblasen und Echo-kammern, der gängige Vereinfachungen korrigiert. Fazit: Nicht der Zerfall der Öffentlichkeit ist das Problem, sondern die Polarisierung der Standpunkte.

Diez, Georg/Heisenberg, Emanuel (2020): Power to the People — Wie wir mit Technologie die Demokratie neu erfinden.
München: Hanser.

Streitschrift von Georg Diez und Emanuel Heisenberg für einen anderen Umgang mit digitalen Technologien. Gezeigt wird, was

es braucht, um eine digitale Bürgergesellschaft erfolgreich zu etablieren.

Hillje, Johannes (2019): Plattform Europa: Warum wir schlecht über die EU reden und wie wir den Nationalismus mit einem neuen digitalen Netzwerk überwinden können.
Bonn: Dietz.

Ein engagierter Vorschlag dafür, wie eine digitale Plattform aussehen müsste, auf der die europäische Öffentlichkeit Wirklichkeit wird. Damit sollen der europäische Zusammenhalt und die liberale Demokratie gestärkt werden.

Hofmann, Jeanette/Kersting, Norbert/Ritz, Claudia/Schünemann, Wolf J. (2019): Politik in der digitalen Gesellschaft. Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven.
Bielefeld: transcript. www.transcript-verlag.de/978-3-8376-4864-5/politik-in-der-digitalen-gesellschaft/

Sammelband gibt einen Überblick über zentrale Fragen und Debatten der politischen Auswirkungen von Digitalisierung und

setzt Schwerpunkte im Bereich Partizipation und der Veränderung des Regierens.



Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina (2021): Digitalisierung und Demokratie. Halle/Saale: Leopoldina.
www.leopoldina.org/publikationen/detailansicht/publication/digitalisierung-und-demokratie-2021/

Umfassende Studie mit Handlungsempfehlungen der Nationalen Akademie der Wissenschaften, die das Spannungsverhältnis von Demokratie und Digitalisierung untersucht.



Neuberger, Christoph (2018): Was erwartet die Gesellschaft vom Internet – und was erhält sie? Ein normativer Kompass für Gestaltung und Regulierung.

Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_52160_1.pdf/1f05e3e2-29e5-6978-defd-ac8c57cb0876

In welchem Maße werden Freiheit, Gleichheit und Vielfalt im Internet verwirklicht? Zu diesen und anderen Werten wird der Forschungsstand referiert. Außerdem wird diskutiert, welche Potenziale und Hindernisse es dabei gibt.



Thiel, Thorsten/Jacob, Daniel (Hrsg.) (2017): Politische Theorie und Digitalisierung, Baden-Baden: Nomos.

Sammelband, der Beiträge zum Wandel von Öffentlichkeit, Privatheit, Freiheit oder

zivilem Ungehorsam im Kontext der Digitalisierung vereint.

 **Zuboff, Shoshana (2018): Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus.**

Frankfurt a. M.: Campus.

Eine einflussreiche und ausführliche Analyse der US-Plattformen, die mit dem Sammeln und Auswerten von Daten Milliarden verdienen. Zuboff diskutiert die weitreichenden sozialen, politischen und ökonomischen Folgen des digitalen Kapitalismus und liefert damit eine wichtige Kritik an den Fehlentwicklungen.

Impressum

Autoren

Prof. Dr. Christoph Neuberger,
Dr. Thorsten Thiel

Redaktion

Thomas Gill, Julia Hasse,
Ilja Koschembar

Berlin, im Juli 2022

Herausgebende

Weizenbaum-Institut
für die vernetzte Gesellschaft
Hardenbergstraße 32
10623 Berlin
www.weizenbaum-institut.de

und

Berliner Landeszentrale
für politische Bildung
Hardenbergstraße 22-24
10623 Berlin
www.berlin.de/politische-bildung

Öffnungszeiten des
Besuchszentrums:
Mo, Mi, Do und Fr 10-18 Uhr

Gestaltung

Bergsee, blau

